

„Das Gesundheitssystem in Deutschland ist besorgniserregend“



Das Gesundheitssystem in Deutschland gilt als eine der tragenden Säulen des Staates und war über viele Jahre hinweg Beispiel für Organisation und Effizienz.

Doch die aktuelle Realität zeigt einen deutlichen Rückgang der Qualität medizinischer Dienstleistungen, was sich direkt im Leid vieler Bürger widerspiegelt – insbesondere in Gesundheitszentren und staatlichen Kran-

kenhäusern, wo der Mangel an medizinischem und pflegerischem Personal zu einem chronischen Problem geworden ist.

Die Qualität der Versorgung ist erheblich beeinträchtigt. Im Gesundheitssektor gibt es akuten Personalmangel, der sich negativ auf sämtliche Dienstleistungen auswirkt – von medizinischer Behandlung über gesundheitliche Beratung

bis zu Verpflegungs- und Reinigungsdiensten. Dieser Mangel führt zu enormem Druck auf das Personal und begünstigt eine oberflächliche Behandlung und einen hohen Krankenstand. Bei einem gesundheitlichen Notfall meiner Tochter in einem staatlichen Krankenhaus habe ich selbst eine Nachlässigkeit erlebt.

Meine Erfahrung ist kein Einzelfall, sondern steht für das, womit viele Patientinnen und Patienten heute konfrontiert sind. Verzögerte Reaktionen, lange Wartezeiten und mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber Notfällen sind zu besorgniserregenden Erscheinungen geworden. Das löst bei den Bürgern eher Angst als Vertrauen aus.

Das Gesundheitssystem ist eine grundlegende Verantwortung des Staates und bedarf einer Aufstockung des Personals, einer besseren Organisation, die das Recht der Bürger auf eine professionelle und zeitnahe medizinische Versorgung garantiert. Gesundheit ist kein Privileg, sondern ein Recht!

Nesren Hanan

Zahnarztbehandlung selbst bezahlen?

Der Wirtschaftsrat der CDU der Bundesregierung hat eine Reihe „notwendiger Reformen“ vorgelegt, einen Rundumschlag „Agenda für Arbeitnehmer“.

Was für Arbeitnehmer sein soll, ist eher ein Rundumschlag gegen sie: „So soll das Arbeitslosengeld nur noch ein Jahr lang ausbezahlt werden (bislang bis zu zwei Jahre). Etlliche Leistungen sollen bei der Krankenversicherung gestrichen werden – Beispiel Zahnarztbehandlungen.

Diese würden sich gut privat absichern lassen und sollten nicht mehr den Beitragszahlern zur Last fallen“ (Frankfurter Rundschau 1.2.26).

Für Menschen, deren Einkommen mit Sicherheit im fünfstelligen Bereich liegt, ist das bestimmt machbar.



Wir Courage-Frauen sind der Meinung, dass sich unsere Gesellschaft so einen „Wirtschaftsrat“ sparen kann und dieser nicht der Gesellschaft zur Last fallen sollte.

Antje, Courage-Recklinghausen

